

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. Dezember 1958

349/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. F f e i f e r, Dr. Z e c h m a n n und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht,
betreffend die Abmeldung vom slowenischen Zwangsunterricht.

-.-.-

In der Sitzung der Kärntner Landesregierung vom 29. Oktober 1958 hat Landesrat Hans Rader (FPÖ) den Antrag gestellt, der Landeshauptmann möge die Einzelergebnisse (d.h. die Ergebnisse in den einzelnen Schulsprengeln) der Abmeldung vom slowenischen Zwangsunterricht bekanntgeben.

Landeshauptmann Wedenig erklärte dazu, daß er den Erlaß, der die Abmeldungen ermöglichte, nicht als Schulreferent der Kärntner Landesregierung, sondern als Vorsitzender des Landesschulrates erlassen habe. Diese Funktion führe er im übertragenen Wirkungskreis für den Herrn Unterrichtsminister, und nur das Unterrichtsministerium könne daher das Ergebnis bekanntgeben.

Landesrat Rader hielt dem entgegen, daß das Gesamtergebnis auch durch den Landeshauptmann bekanntgegeben worden sei, und beharrte auf seinen Antrag. Er wurde dabei von Landeshauptmannstellvertreter Ferlitsch und Landesrat Ing. Truppe (ÖVP) nachdrücklich unterstützt. Doch der Landeshauptmann blieb bei seiner Weigerung und legte der Regierungssitzung die Empfehlung vor, das Begehren nicht zu behandeln, da er den Abmeldungserlaß als Landesschulrat im übertragenen Wirkungskreis veröffentlicht habe. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der vier sozialistischen Regierungsglieder gegen die drei Stimmen der übrigen Regierungsglieder angenommen.

Da nun die Bevölkerung Kärntens, aber auch die Bevölkerung im übrigen Österreich und seit der Pressekonferenz, die die beiden Slowenenführer am 18.11.1958 in Wien veranstaltet haben, auch die Vertreter ausländischer Blätter größtes Interesse an den Einzelzahlen haben, stellen die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Unterricht die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, die genauen Sprengelergebnisse der Abmeldung ehestens dem Nationalrat bekanntzugeben und so der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

Diese Bekanntgabe würde vor allem in Kärnten die Beruhigung schaffen, daß mit den Zahlen nicht nachträglich irgendwelche Manipulationen möglich sind. Im Auslande würden sie der von den Slowenen betriebenen Propaganda mit den "100.000 unterdrückten Slowenen" entgegenwirken.